

des Bundesnachrichtendienstes erhebliche Nachteile zur Folge haben und für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland schädlich sein.

3. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern treffen die mir aus einem persönlichen Gespräch vorliegenden Informationen zu, dass an der auch von Deutschland unterstützten Istanbul Lisesi Schule die Weihnachtsfeier im vergangenen Jahr durch türkische Behörden beeinträchtigt wurde, und welche Schritte hat die Bundesregierung gegenüber ihren türkischen Ansprechpartnern unternommen, um die Freiheit der Schule bei der Gestaltung ihrer Veranstaltungen zu schützen?

**Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein  
vom 22. Dezember 2016**

Dem Auswärtigen Amt liegen keine Informationen über Beeinträchtigungen einer Weihnachtsfeier vergangenes Jahr am Istanbul Lisesi vor. Daher war es im Jahr 2015 auch nicht erforderlich, Schritte gegenüber den türkischen Ansprechpartnern zu unternehmen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

4. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Welche Gründe gab es für die Bundesregierung, sich künftig nicht mehr an der Verleihung des „Fair Play Preises des Deutschen Sports“ zu beteiligen (siehe „Das ist nicht fair“ in DER TAGES-SPIEGEL vom 8. Dezember 2016), und was hat das Bundesministerium des Innern unternommen, um gegebenenfalls aus ihrer Sicht bestehende Schwachpunkte bei diesem Preis zu beheben anstatt hier auszusteigen?

**Antwort des Staatssekretärs Hans-Georg Engelke  
vom 22. Dezember 2016**

Der Fair Play Preis des Deutschen Sports ist bisher jährlich gemeinsam von dem Deutschen Olympischen Sportbund e. V. (DOSB), dem Verband Deutscher Sportjournalisten e. V. und dem Bundesministerium des Innern verliehen worden. Das Format des Fair Play Preises hat sich zuletzt nicht nur durch die Neugestaltung der Preisverleihung geändert. Bis zum Jahr 2015 wurde der Preis am Vorabend der DOSB-Mitgliederversammlung verliehen. Seit dem Jahr 2016 findet die Preisverleihung im Rahmen der „Biebricher Schlossgespräche“ statt. Die breite Sportöffentlichkeit erreicht der Preis hierdurch nicht mehr. Durch den Fair Play Preis wird nicht nur der Preisträger oder die Preisträgerin gewürdigt, gleichzeitig soll der Preis im Sinne des Fair-Play-Gedanken in die breite Sportöffentlichkeit wirken und zwischen den zahlreichen Fair-Play-

Preisen der einzelnen Verbände und Gesellschaften wahrnehmbar sein. Das Bundesministerium des Innern hat daher entschieden, sich aus dem Fair Play Preis des Deutschen Sports zurückzuziehen.

5. Abgeordnete  
**Inge Höger**  
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung über Details zu den Vorwürfen der EU-Grenzagentur Frontex bekannt, die behauptet, dass private Seenotrettungsorganisationen im Mittelmeer nunmehr direkt mit „Menschenschmugglern“ zusammenarbeiten würden, etwa indem die Retter über die Koordinaten für die vorgesehene Route informiert würden oder „kriminelle Netzwerke Migranten direkt auf einem NGO-Schiff schmuggeln“ (Financial Times vom 15. Dezember 2016: „EU border force accuses charities of collusion with migrant smugglers“), und wo wurden diese Vorwürfe vorgebracht (bitte die Titel bzw. Registernummern entsprechender Dokumente oder Präsentationen nennen)?

**Antwort der Staatssekretärin Dr. Emily Haber  
vom 23. Dezember 2016**

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) stellte im Auswertebrief „Analytical Brief Ausgabe 7/2016 (Dezember)“ den erheblichen Anstieg der Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen (NGO) an Rettungsoperationen im zentralen Mittelmeer dar. Seit Juni 2016 sei der Anteil von NGOs bei Rettungsoperationen auf über 40 Prozent angestiegen, während er zu Jahresbeginn noch bei 5 Prozent lag. Zugleich sei die Anzahl der Seenotrettungsersuchen (Notrufe) gegenüber den italienischen Behörden erheblich zurückgegangen. Als mögliche Gründe für den vorgenannten Anstieg gelten die Zunahme der Schiffe von NGOs (Verdoppelung der Anzahl der Schiffe im Vergleich zum Vorjahr) sowie der Umstand, dass diese sich unmittelbar in der internationalen Zone vor den Territorialgewässern vor der libyschen Küste befinden. Darüber hinaus würden Migranten durch Schleuser genau angewiesen, in welche Richtung sie steuern müssten, um ein NGO-Schiff zu erreichen.

Informationen zu einer direkten Zusammenarbeit von NGOs mit Schleuserorganisationen beinhaltet der Bericht nicht.

6. Abgeordnete  
**Inge Höger**  
(DIE LINKE.)
- Über welche eigenen Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung (auch aus ihrer Teilnahme an der EU-Militärmission EUNAVFOR MED oder den Frontex-Missionen im Mittelmeer), dass private Seenotrettungsorganisationen im Mittelmeer nunmehr direkt mit „Menschenschmugglern“ zusammenarbeiten würden, und welche Details kann sie zum Datum, Ort und Hergang der angeblichen Vorfälle angeben?